



## **Ausschuss für Frauenpolitik**

### **37. Sitzung (öffentlich)**

30. Oktober 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 11:25 Uhr

Vorsitz: Elke Rühl (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)**

5

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/7000

Einzelplan 15

Vorlagen 14/2023, 14/2073, 14/2078, 14/2115, 14/2133, 14/2167 und 14/2172

Der Ausschuss berät die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgelegten Änderungsanträge. Die Begründungen und Abstimmungen sind der Vorlage 14/2267 zu entnehmen.

Der **Ausschuss für Frauenpolitik** stimmt dem **Einzelplan 15 - Zuständigkeitsbereich des Ausschusses** - mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **zu**.

**2 Zugangshemmnisse von Frauen mit Behinderungen zum Mammographie-Screening 8**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/6949

- Kurze Aussprache.

**3 Erwerbstätige Familien unterstützen - Betriebe informieren: Initiative für betrieblich unterstützte Kinderbetreuung 9**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/7457

In Verbindung mit:

**Nordrhein-Westfalen braucht mehr Kinderbetreuung in Betriebskindergärten**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/7455

Die beiden Anträge werden ohne Votum an den federführenden Ausschuss zurückgegeben.

**4 AIDS-Politik gestalten - Konzept zur Prävention weiterentwickeln 11**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/7064

- Kurze Aussprache.

**5 Die Besten für die Jüngsten - Qualität der Elementarbildung durch weitere Professionalisierung der Fachkräfte verbessern 13**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/7342

Der Ausschuss beschließt, sich an der am 22. Januar 2009 geplanten Anhörung in einer Pflichtsitzung zu beteiligen. Die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen sollen überprüfen, ob der Gender-Aspekt von den benannten Expertinnen und Experten berücksichtigt wird.

## 6 Verschiedenes

16

- Siehe Diskussionsteil.

\* \* \*



## Aus der Diskussion

### 1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/7000

Einzelplan 15

Vorlagen 14/2023, 14/2073, 14/2078, 14/2115, 14/2133, 14/2167 und 14/2172

**Vorsitzende Elke Rühl** macht darauf aufmerksam, dass die offenen Fragen aus der Detailberatung in der letzten Sitzung von der Landesregierung beantwortet worden seien. Sie seien als Vorlagen 14/2133, 14/2167 und 14/2172 verteilt worden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe sechs Änderungsanträge eingereicht, die als Tischvorlage vorlägen.

**Gerda Kieninger (SPD)** führt aus, die SPD-Fraktion habe keine Haushaltsanträge vorgelegt, denn der Haushaltsentwurf vom 13. August 2008 sei in wesentlichen Punkten inzwischen Makulatur geworden. Ihre Fraktion werde erst Anträge stellen, wenn eine Ergänzungsvorlage des Haushaltes vorliege. Die Einnahmeproggnose von 43,3 Milliarden € sei vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklungen nicht haltbar. Die Steuerschätzungen im November würden etwas ganz anderes ergeben. Von daher wäre es sinnvoll, diesen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abzusetzen. Auf jeden Fall werde sich die SPD-Fraktion bei der Abstimmung über die Anträge der Stimme enthalten.

**Maria Westerhorstmann (CDU)** stellt heraus, die CDU-Fraktion habe sich darauf geeinigt, dass die Anträge zunächst im Haushalts- und Finanzausschuss behandelt würden. Insofern habe sie ihrer Fraktion auch heute keine Anträge vorgelegt.

**Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)** merkt an, auch die FDP-Fraktion werde eventuelle Anträge im Haushalts- und Finanzausschuss einbringen. Wenn eine Fraktion Anträge stelle, sollte aber darüber auch abgestimmt werden, wenn es die Fraktion so wünsche.

**Barbara Steffens (GRÜNE)** betont, der Ausschuss müsse sich mit den Anträgen befassen. Das sei das normale Verfahren. Sie bedaure es sehr, dass die Koalitionsfraktionen die Ausschussberatungen ad absurdum führten, weil sie keine Anträge in den Fachausschuss einbrächten. Er sollte seine Position dazu abgeben. Der Haushalts- und Finanzausschuss sollte die einzelnen fachpolitisch bewerteten Anträge in den Gesamtkontext stellen. Sie finde es problematisch, dass in diesem Ausschuss eine fachpolitische Bewertung eventueller Anträge nicht mehr stattfinden könne. Sie be-

dauere es auch, dass die SPD-Fraktion keine Anträge stelle, obwohl sie die Argumentation nachvollziehen könne.

Auch ihre Fraktion habe darüber diskutiert, welche Auswirkungen die Finanzproblematik habe. Unabhängig von den Auswirkungen stelle ihre Fraktion die Anträge, weil sie sie für notwendig halte. Es sei unbedingt notwendig, dass gerade im Bereich Frauen an diesen Stellen finanzielle Veränderungen stattfänden. Es sei zu fragen, inwieweit die Gegenfinanzierung kompensiert werden könne.

Sodann begründet **Barbara Steffens (GRÜNE)** die einzelnen Anträge. Die Begründungen und Abstimmungsergebnisse sind der Vorlage 14/2267 zu entnehmen.

Zu dem **Ifd. Antrag Nr. 1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Kapitel 15 035 - Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann - Titelgruppe 61 - Schutz und Hilfen für gewaltbetroffene Frauen - Titel 684 61 - Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen - Maßnahme 1 - Zuschüsse zu den Personalausgaben an Träger von Zufluchtsstätten für misshandelte Frauen** - führt **Barbara Steffens (Grüne)** aus, die Mittel dienen der Finanzierung der vierten Personalstelle in den Frauenhäusern. Die Frauenhäuser hätten bundesweit eine Kampagne gemacht, in der sie die Bedarfe formuliert hätten. Es werde deutlich, dass nicht nur der Wegfall der Personalstelle problematisch für die Frauenhäuser sei. Es fehle an den kleinsten Kleinigkeiten wie Besteck, Bügeleisen, Waffeisen usw. Diese Personalstelle fehle jenseits der Sachmittel vor Ort massiv. Man habe die Berichte über die zusätzlichen Belastungen gehört.

**Gerda Kieninger (SPD)** bezeichnet den Wegfall der vierten Personalstelle als ein Dilemma. Aus diesem Grunde seien in den Frauenhäusern auch Betten abgebaut worden. Dies betreffe überwiegend Frauen, die ihre Kinder mit ins Frauenhaus brächten, was die Kinder an der Stelle noch einmal stark treffe. Sie habe eingangs gesagt, dass der Haushalt, so wie er vorliege, Makulatur sei. Man werde abwarten, was die Steuerschätzung ergebe und welche Ergänzungsvorlage seitens der Landesregierung kommen werde. Ihre Fraktion werde sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Bezüglich des **Ifd. Antrags Nr. 2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Kapitel 15 035 - Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann - Titelgruppe 61 - Schutz und Hilfen für gewaltbetroffene Frauen - Titel 684 61 - Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen - Maßnahme 2 - Zuschüsse für Maßnahmen zum Thema „Sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen“** gibt **Barbara Steffens (GRÜNE)** an, hier gehe es um die Unterbringung von Mädchen, die von Zwangsheirat bedroht seien. Die beiden Standorte sollten weiter finanziert werden. Im Bereich der Jugendhilfe seien im geringen Umfang Finanzierungen vorgesehen. An fünf Orten seien nur fünf Plätze vorgesehen, wobei ein Platz an das Mädchenhaus in Bielefeld gehe. Das sei viel zu wenig. Die beiden Stel-

len mit dem extrem hohen Fachwissen, die die Kompetenz in dem Bereich hätten, müssten adäquat ausgestattet werden.

**StS Dr. Marion Gierden-Jülich (Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration)** merkt an, Bielefeld erhalte zwei Plätze.

Der **Ausschuss für Frauenpolitik** stimmt dem **Einzelplan 15 - Zuständigkeitsbereich des Ausschusses** - mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **zu**.

